



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

„Bürgerdialog – Akzeptanz von Innovationen und Investitionen“

Rede

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,**

**anlässlich
des BDEW Kongresses 2012**

**am 28. Juni 2012
in Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Zu Beginn zwei grundsätzliche Bemerkungen:

Erstens: Nach meiner festen Überzeugung muss sich Forschungspolitik in Zukunft noch stärker als Förderung der Innovationsfähigkeit unseres Landes begreifen. Das war zwar immer schon ein wichtiger Aspekt, hat aber weiter an Bedeutung gewonnen. Angesichts all der Analysen, über die wir zur aktuellen demographischen Entwicklung in unserem Land verfügen, gibt es darauf – politisch gesprochen – vor allen Dingen die eine Antwort: Es muss gelingen, quer durch viele, auch politisch relevante Bereiche, die Innovationskraft unseres Landes zu erhalten und zu stärken. Das wird der Schlüssel sein im Blick auf Fortschritt und den Wohlstand künftiger Generationen.

Zweitens: Die 2006 auf den Weg gebrachte Hightech-Strategie gehört deshalb weiterhin zu den großen Projekten der Bundesregierung, die Brücken schlagen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Das Motto Ihres Kongresses – die Frage nach den neuen Märkten – genau das ist die zentrale Frage der Hightech-Strategie: Was sind die Stärken in unserem Land? Wie und wo kann es uns gelingen, auf den Märkten der Zukunft präsent zu sein?

I.

Obwohl sich unser Land in Europa wie in der Welt in den vergangenen Jahren im Blick auf Investitionen und auch die konzeptionelle Weiterentwicklung der Forschungs- und Innovationspolitik eine Spitzenposition erarbeitet hat, diskutieren wir in Deutschland mehr über Risiken als über Chancen. Auch die europäische Diskussion ist noch zu stark geprägt von möglichen Risiken und von einer stark gegenwartsbezogenen Debatte. Diese beginnt stets mit der Frage, ob wir dieses oder jenes tatsächlich brauchen, und man es, wenn wir es nicht brauchen, vielleicht gar nicht angehen muss, weil auch Risiken damit verbunden sind. Das unterscheidet unsere Diskussion in Deutschland und Europa von den Debatten in anderen Teilen der Welt.

Die chinesische Regierung hat erst vor wenigen Wochen Zukunftsbranchen definiert, von denen sie sagt: Das ist relevant für die Zukunft, darauf konzentrieren wir uns, da investieren wir, für diese Bereiche werden wir mit mehr Forschung, mehr Steuererleichterungen, mit stringenten Konzepten und damit verbundenen Strategien Antworten suchen und finden. Am Wochenende werde ich die Forschungsminister der G8- und der G5-Länder hier in Deutschland empfangen und mit ihnen über genau diese verschiedenen Strategien anderer

Länder, insbesondere der für uns ganz besonders interessanten Schwellenländer, diskutieren.

Die Energiewende ist so eine große Herausforderung. Sie ist mit neuen Schwerpunkten für die Forschung und mit einer Weiterentwicklung der Forschungsagenda verbunden. Wir können viel leisten, weil wir herausragende Forschungsinstitute haben, weil wir viele innovative Unternehmen mit ihren Entwicklungsabteilungen haben, weil die Kooperation zwischen den Unternehmen und den Forschungsinstituten verstetigt und verstärkt worden ist und weil unsere Forschungsorganisationen gut vorbereitet sind. Ich denke etwa an neue Institutsgründungen – beispielsweise das neue Institut für Energieforschung im nordrhein-westfälischen Mülheim durch die Max-Planck-Gesellschaft. Und ich denke an neue Ansätze und neue Schwerpunkte, die nicht nur geprägt sind von technologischen Entwicklungen – etwa bei Speichern und Netzen –, sondern vor allen Dingen auch von der Frage: Wie erreichen wir bessere Energieeffizienz?

Materialwissenschaften spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie werden in diesem Zusammenhang nicht so oft genannt, sie sind aber bis hin zum systemischen Ansatz außerordentlich bedeutsam. Das heißt: Unsere Forscherinnen und Forscher beschäftigen sich eben nicht allein mit technologischer Entwicklung, sondern mit der technologischen Entwicklung in einem kulturellen, in einem sozialen Kontext sowie im Kontext der Perspektiven von Unternehmern und Akteuren einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits.

Dialog ersetzt nicht politische Führung. Kluge politische Führung weiß aber um den Stellenwert des Dialogs, denn zahlreiche Debatten über die Umsetzung von Innovationen und vor allem über große Infrastrukturprojekte haben uns gezeigt: Bisher praktizierte Beteiligungsprozesse, die Planfeststellungsverfahren und die Bürgeranhörungen, reichen nicht aus. Sie werden nicht als wirkliche Beteiligung wahrgenommen.

Deshalb sind wir mitten in einer entscheidenden Phase. Wir entwickeln das Zusammenspiel von politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen, die Umsetzung von Innovationen und das Management von Prozessen und Ansätzen eines systemischen Denkens fort. Dabei setzen wir bei den Möglichkeiten für Innovationen an, vor allen Dingen aber tun wir dies auch aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger und eben jener, die gesellschaftliche und politische Verantwortung, Unternehmensverantwortung vor Ort tragen.

II.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten wir festgelegt, dass es den Diskurs über neue Technologien geben soll, über die Abschätzung von Chancen und Risiken, über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, über die Möglichkeiten eines erreichbaren Konsenses. Das waren die drei Schritte, die im Koalitionsvertrag genannt wurden für Bürgerdialoge. Drei solcher Bürgerdialoge sind durchgeführt worden oder befinden sich in Vorbereitung.

Der erste galt den „Energietechnologien für die Zukunft“. Der zweite bereits durchgeführte betraf die Erwartungen an die Gesundheitsforschung. Neben Energie- und Klimaforschung ist die Gesundheitsforschung das zweite große „Flaggschiff“ auch in der Hightech-Strategie. Der kommende dritte Bürgerdialog wird die Konsequenzen der demographischen Entwicklung in Deutschland und damit ein weiteres wichtiges Zukunftsthema behandeln. Das Interesse an diesen Bürgerdialogen ist groß, und das gilt in ganz besonderer Weise für den Dialog über die Energietechnologien der Zukunft.

Im Bürgerdialog, wie auch in vielen unserer politischen Debatten, wird deutlich: Wir sprechen nur in Teilen von technologischen Herausforderungen. Wir sprechen natürlich über neue Schwerpunkte bei Forschung und Entwicklung. Damit verbunden sprechen wir übrigens auch über eine Reihe neuer Studiengänge, neuer Ausbildungen und interessanter Berufsbilder. Das hat dazu geführt, dass der Anteil der Studienanfänger in den Technikwissenschaften um über 20 Prozent gestiegen ist. Eine sehr positive Entwicklung, weil wir ja viele Jahre darüber diskutiert haben, dass die Zahlen in diesem Bereich stagnieren und dass wir den eigenen Bedarf überhaupt nicht mehr decken können.

Dieser Bedarf ist zwar immer noch nicht gedeckt, aber es wird deutlich, dass neue technologische Entwicklungen – was nun also mit „Green Technology“ gemeint ist – junge Leute sehr viel stärker interessieren und sie zu entsprechenden Ausbildungen und Studien motivieren. Doch die Energiewende ist als großes Gemeinschaftswerk eben letztlich auch eine große Kommunikationsaufgabe. In diesem Kontext steht der Bürgerdialog.

Im November 2011 wurde mir der Bürgerreport mit konkreten Handlungsempfehlungen vorgelegt. In diesen Bürgerreport sind die Ergebnisse aus acht regionalen Bürgerkonferenzen, 22 Bürgerwerkstätten sowie 9.500 Beiträgen aus dem Online-Dialog eingeflossen. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligt haben und die damit die Multiplikatoren auch für weitere Debatten sind, tun dies mit einer großen Entschlossenheit. Jene, die die Ergebnisse im Bürgerreport analysiert haben, sagen: Diese Inhalte geben uns auch deshalb einen guten Einblick, weil sie im Vergleich zu vielen Umfragen repräsentative Ergebnisse liefern.

Was sind die Ergebnisse? Das erste Ergebnis betrifft stark die kommunale Ebene: Es ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach eigenständigen und kompetenten Kommunen, die eine wesentliche Aufgabe im Blick auf eine ausgeglichene Energiebilanz übernehmen. Es ist, zweitens, die Frage nach den Speicher- und Netzkapazitäten. In nahezu allen Empfehlungen, die Bürgerinnen und Bürger geben, ist Dezentralisierung ein Schlüsselwort. Es ist viel diskutiert worden über ein im Kontext der Energiewende angesiedeltes oder zu definierendes Verständnis von Nachhaltigkeit. Darin enthalten ist die Forderung nach intelligenten Erzeuger- und Verbrauchergemeinschaften.

Im Sinne politischer Verantwortung steht an allererster Stelle die Information – das belegen die höchsten Stimmzahlen bei den entsprechenden Abstimmungen der Bürgerkonferenzen. Es folgt die Forderung, die Politik solle energierelevante Themen bündeln und Anreize und Regeln schaffen für verbrauchsmindernde Strukturen. Im europäischen Zusammenhang wird auf die Intensivierung der Forschung und immer wieder auf die Erwartung eines systemischen Denkens hingewiesen, bei dem neue Technologien an naturverträglichen und gesellschaftlichen Anforderungen zu messen und mit ihnen in Einklang zu bringen sind. Und schließlich der Hinweis, der in solchen Diskussionskontexten immer eine Rolle spielt: Wie sehen eigentlich Bildung, Erziehung und Ausbildung in einem Land aus, das einen solchen neuen Weg geht? Was sind Wissen, Kompetenzen, Einsichten und Erfahrungen von jungen Menschen, um solche neuen Entwicklungen zu verstehen und sich als künftige Gestalter dieses Neuen zu begreifen?

Nun könnte man wiederum als Akteur in einem Unternehmen, in der Politik, in unseren Agenturen viele kritische Rückfragen zum Beispiel an die weitgehende Vorstellung der Dezentralisierung stellen. Mit diesen Vorstellungen sind Wünsche verbunden, die sicher weit in die Zukunft greifen. Wünsche, die zunächst einmal auch nicht mit einbeziehen, was eigentlich notwendig ist für einen starken Industriestandort und was notwendig ist im Blick auf eine starke Industrie mit hohem Energieverbrauch.

Für den Bürgerdialog, der über den Kreis der Akteure in Politik, Unternehmen und Wissenschaft hinausgeht, muss eine Sprache gefunden werden. Es müssen Formate gefunden werden, die diesen Dialog überhaupt erst angemessen ermöglichen, die ausloten, wie unterschiedliche Interessen auch vor Ort abgewogen werden, und die Verständnis schaffen können.

In einer stark individualisierten Gesellschaft, in einer modernen Gesellschaft wie der unseren bestehen ungleiche Interessen, und politische Entscheidungen. Die Art und Weise, wie politische Beschlüsse umgesetzt werden, ist stets mit hochkomplizierten Abwägungsprozessen verbunden. Das wird nicht nur das Thema unseres Gesprächs auf

diesem Podium sein, es wird das große Thema der nächsten Jahre sein: Wie gestalten wir diese Abwägungsprozesse, wie kommunizieren wir sie?

Es ist nach meiner festen Überzeugung nämlich nicht einfach eine Frage von mehr oder weniger Informationen. Es ist vor allem die Frage, wie Information aufgenommen und verarbeitet wird, wie Kommunikationsprozesse gestaltet werden, so dass tatsächlich deutlich wird, was gegeneinander abgewogen wird und wie das Verhältnis von Preis und Wert ist. Das wird eine der interessantesten Facetten im öffentlichen Kommunikationsprozess sein: Was ist uns welche Entwicklung wert, so dass wir auch offen über Preise sprechen können. Andererseits dürfen wir keine reine Preisdebatte führen, die dann wiederum die Frage nach der Priorität in der Werteskala einer Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland außen vor lässt.

III.

Die Philosophie der Bürgerdialoge lautet, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Fragen, Bedürfnissen, Erwartungen, Hoffnungen, Ängsten – über die bekannten Instrumente hinaus – bei den Entscheidungen mitzunehmen und Entscheidungen in den damit verbundenen Abwägungsprozessen deutlich werden zu lassen. Das wird bei vielen weiteren neuen Technologien eine Rolle spielen und damit ist – so ist auch Forschung angelegt – bewusst und gezielt neben der rein technologischen Fragestellung sozialökologische und naturwissenschaftliche Forschung verbunden.

Die Entwicklung neuer Technologien muss von Anfang an im kulturellen Kontext gedacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind interessiert – das zeigt der Zulauf zu den Bürgerdialogen. Das ist die große Stärke unseres Landes. Das hat übrigens – davon bin ich zutiefst überzeugt – etwas zu tun damit, dass es schon vor allen neuen Diskussionen über Beteiligung und über Bürgermitverantwortung in diesem Land in zahlreichen Regionen eine intensive Struktur der Verbände und Vereine des bürgerschaftlichen Engagements gab.

Es gibt bereits eine Mentalität und ein Bewusstsein in der Bürgerschaft, an die wir jetzt anknüpfen können, wenn wir über Bürgerdialoge sprechen. Bürgerschaft in Deutschland ist nicht einfach die Summe der vielen Einzelnen; Bürgerschaft in Deutschland war immer schon nicht nur eine stark organisierte, sondern auch eine stark an politischer Gestaltung interessierte Öffentlichkeit. Das hilft uns nun in diesen Dialogen und auch in den vielen Konflikten über notwendige Infrastruktur, über notwendige Prozesse und Entscheidungen, die wir vor Ort erleben werden. So können wir einen möglichst breiten Diskurs anstoßen.

Wir haben erste Beispiele, bei denen auch mein Ministerium und die Forschungsorganisationen unmittelbar einbezogen sind. Es geht um konkrete Konflikte vor Ort. Wir befinden uns in einem Lernprozess, der uns erlauben wird, bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung weniger an abstrakten Debatten sichtbar werden zu lassen, sondern an konkreten Veränderungen vor Ort: Veränderungen in der Landschaftsgestaltung, Veränderungen in der städtischen Infrastruktur, Veränderungen im Selbstverständnis übrigens auch der Kommunalpolitik. Ich sage ganz deutlich: Für mich sind die Kommunalpolitik und die Städte und Gemeinden die eigentlichen Antriebskräfte nachhaltiger Entwicklungen.

IV.

Wir haben das Wissenschaftsjahr 2012 zum Jahr der Nachhaltigkeit gemacht – es trägt das Motto „Zukunftsprojekt Erde“. Eine zentrale Maßnahme des laufenden Wissenschaftsjahres ist ein großes Projekt, bei dem sich viele Städte und Gemeinden an einem Wettbewerb beteiligt haben zur Frage nachhaltiger Stadtentwicklung in den Bereichen Verkehr, Ernährung, Luftqualität, Bildung und eben auch Energieversorgung.

Das Ziel ist die CO₂-freie Stadt, wie sie auch in dem visionären Konzept der „Morgenstadt“ als Teil der Hightech-Strategie von der Fraunhofer Gesellschaft entworfen wurde. Wege zu diesem wichtigen Ziel sind die energetische Sanierung von Gebäuden, der Übergang zu neuen Mobilitätskonzepten und zu alternativer Energieversorgung.

Wenn wir den Blick auf Themen wie intelligente zukunftsfähige Mobilitätskonzepte lenken, so beobachten wir, dass es ein stark generationenspezifisches Verhalten gibt. Die neuen auf Individualisierung und auf Dienstleistung ausgerichteten Mobilitätskonzepte stoßen bei der jungen Generation auf großes Interesse. Das belegen unsere Erfahrungen mit diesen neuen intelligenten Konzepten, die wir gerade in einigen Städten, wie zum Beispiel in Ulm, sammeln.

Der Führerschein ist also auch nach wie vor wichtig. Mobil zu sein ist nach wie vor wichtig. Unabhängig zu sein von Zeitvorgaben anderer ist wichtig. Das eigene Auto dagegen ist nicht mehr so wichtig, wie es noch eine Generation zuvor war. Diese einzelnen Erfahrungen sind von großer Bedeutung dafür, eine Vision nachhaltiger Stadtentwicklung und regionaler Entwicklung zu entwerfen. Sie sind übrigens auch bedeutend dafür, eine junge Generation zu öffentlichem, zu bürgerschaftlichem, zu politischem Engagement zu motivieren.

Dialog ersetzt politische Entscheidungen oder politische Führung nicht. Doch für die Energiewende und für jedes große Infrastrukturprojekt in Deutschland, für die Frage, wie wir über neue Technologien und damit verbundene Chancen im Blick auf Zukunftsbranchen diskutieren, wird eines entscheidend werden: Es muss der Politik gelingen, den Weg hin zu politischen Entscheidungen stärker als in der Vergangenheit als Prozess der Abwägung sichtbar werden zu lassen. Wir müssen die damit verbundenen Werte und Strategien deutlich machen und immer wieder die Diskussion über die Balance von Werten einerseits und den Preisen andererseits führen.

Die Energiewende, die Umsetzung dieses Gemeinschaftsprojektes kann stilbildend werden auch für andere Projekte. Die Energiewende kann aufgrund ihres Umfangs und der Veränderungskraft, die darin steckt, auch die politische Kultur in Deutschland positiv verändern.

Im Sinne – nach früherer Diktion – des „vorphysischen Raumes“, verändern wir unser Verständnis dieses Prozesses und von dessen Chancen. Das sehen wir – und das sage ich jetzt als Bildungsministerin – vor allem bei der jungen Generation. Ihr wird manchmal nachgesagt, sie interessiere sich nicht für das Politische. Ich glaube, sie interessiert sich für manches Politische im althergebrachten Sinne nicht, aber sie ist hochinteressiert an dem Reformatorischen, das in vielen politischen Prozessen, ganz besonders jedoch in der Energiewende steckt.

Vielen Dank.